

Landwirtschaftliche Erzeuger:innen und die ländlichen Räume stärken

Empfehlungen für die künftige Landwirtschafts- und Ernährungspolitik

Die Anforderungen an die Bereiche Landwirtschaft, Ernährung und Landnutzung aus dem **Klima-, Umwelt-, Biodiversitäts-, Tier- und Gesundheitsschutz** müssen mit der Sicherung der Ernährung und **betrieblichen Existenz- und Entwicklungsperspektiven** eng zusammengebracht und sozial gerecht ausgestaltet werden. Klare, breit abgestimmte Empfehlungen liegen mit den **Ergebnissen der Zukunftskommission Landwirtschaft in Deutschland sowie des Strategischen Dialogs zur Zukunft der EU-Landwirtschaft** vor. Diese müssen weiter mit Leben gefüllt und **gemeinsam mit den Akteuren der ländlichen Räume in die konkrete Umsetzung** gebracht werden.

Daran anknüpfend empfehlen wir generell voranzubringen und zu fördern:

- **zukunftsweisende und innovative Geschäftsmodelle für die Landwirtschaft** sowie zur **betrieblichen Diversifizierung**, u.a. im Bereich der **Produktion alternativer Proteine** und der **Erneuerbaren Energien**:

Das wachsende Interesse in diesen Bereichen sollte aufgegriffen und politisch unterstützt werden. So haben schon 26 % aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland ein zweites Standbein in der Erzeugung Erneuerbaren Energien. Immer mehr Betriebe generieren auch zusätzliche Einkommen, indem sie die Nachfrage nach alternativen Proteinquellen bedienen.

- **starke regionale Verarbeitungsstrukturen** und eine **insgesamt zukunftsstragende Wertschöpfung im ländlichen Raum**:

Gezielt vorangebracht werden sollte hier neben den vorab genannten Punkten insbesondere auch der **Aufbau von Leitmärkten in der Bioökonomie in ländlichen Regionen**, vor allem zur Substitution von auf fossilen Rohstoffen basierten Rohmaterialien in der Industrie.

Für die betriebliche Ebene müssen außerdem **vereinfachte bürokratische Handlungsräume** sowie **zielführende Förderprogramme** geschaffen werden. Auf politischer Ebene sollten die Regelungen, Strategien und Programme u.a. der **Landwirtschafts- und Ernährungspolitik** noch **kohärenter als bislang aufeinander abgestimmt** werden. Ebenso sollten sie **in gesetzliche Vorgaben wie das Klimaschutzgesetz und daran geknüpfte nationale Klimaschutzpläne und -programme sowie auch das europäischen NDC eingebunden** werden, um das volle Planungs- und Wirkungspotenzial nicht zuletzt auch für die Betriebe entfalten zu können.

Darüber hinaus empfehlen wir konkret und nachdrücklich:

- **Klima- und tierwohlgerechter Umbau der Tierhaltung:**

Gemäß (nicht nur) ZKL-Empfehlungen beinhaltet dies u.a. eine Anpassung der Tierbestände und eine umwelt- und klimaverträgliche Verteilung in der Fläche. Für die ökonomische Tragfähigkeit bedarf es einer langfristig verlässlichen Finanzierung, für die das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (Borchert) konsensfähige Vorschläge erarbeitet hat.

- **Wiedervernässung von Moorflächen:**
Entsprechende Förderprogramme sind in bestehende Rahmen wie das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) und die Moorschutzstrategie einzubetten und sollten so ausgestaltet werden, dass alternative Bewirtschaftungsweisen (z.B. Paludikultur) für die Betriebe gemeinsam mit allen Beteiligten vorangebracht werden. Als weitere Möglichkeit zur Reduktion von THG-Emissionen kann außerdem die gezielte Regelung von Wasserständen dienen.
- **Klimaschutz mittels marktbasierter Preisansätze:**
Intensiv geprüft werden sollten die Ausweitung des Europäischen Emissionshandels auf die Landwirtschaft und auch alternative Bepreisungsmodelle. Die Einnahmen aus einem möglichen Emissionshandel oder einem anderen Preisinstrument sollten dann insbesondere den Landwirt:innen für nachhaltig ausgerichtete Zukunftsinvestitionen zugutekommen.
- **Anpassung der Mehrwertsteuer:**
Dadurch sollten nachhaltige Ernährungsweisen wie von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) empfohlen begünstigt werden. Vorschläge zur budgetneutralen und sozialverträglichen Ausgestaltung liegen bereits vielfach vor. Als Grundlage für die Ausgestaltung vorteilhafter Ernährungsumgebungen kann die Ernährungsstrategie der Bundesregierung dienen.
- **Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP):**
Die Ausrichtung der GAP sollte auf die Zahlung einkommenswirksamer Leistungen für das Gemeinwohl im Sinne des Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschutzes sowie zugleich auch auf Investitionsprogramme zur Modernisierung der Landwirtschaft u.a. zu ihrer Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels erfolgen. Direktzahlungen für kleinere Betriebe und junge Landwirte wollen wir erhalten.